



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/249 - 31. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Das System ist falsch! Gedanken zur Rentenanpassung Von H. Rohde, MdB.	40
2 - 3	Fasternak Von Rudolf Hüner, Stockholm	67
4 - 5	"Um die Ecke geschossen" Kulturpolitische Attacke der Rheinischen Merkur-Kosaken	64
6 - 7	Pump und Verschwendung Was der Bundesrechnungshof bei der Post entdeckte	101

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Anmerkung der Redaktion:

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint wegen des Feiertages Allerheiligen am Montag, dem 3. November 1958.

Das System ist falsch!

Von K. Rohde, MdB

Die Anpassung der laufenden Renten an die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist in den letzten Wochen immer mehr politisiert worden. Schuld daran trägt die Bundestagmehrheit, die eine ungeeignete Methode für diese Anpassung in den Rentengesetzen festgelegt hat. Hinzu kommen noch schwerwiegende Verfahrensfehler der Regierung bei diesem ersten Anpassungsversuch. Durch die Selbstauflösung des Sozialbeirats, der aufgrund der Rentengesetze eine gutachtliche Funktion hatte, sind diese Mängel noch einmal deutlich hervorgetreten. Die Stellungnahme des Sozialbeirats läßt erkennen, daß die Anpassung in der jetzigen Form mehr politisch als fachlich bestimmt ist und er sich deshalb in seiner Gutachterfunktion überfordert fühlt.

Diese Schwierigkeiten in dem ersten Jahr der Renten Anpassung bestätigen die Befürchtungen, die von der SPD-Fraktion bei der Beratung der Rentengesetze geäußert worden sind. Die SPD hatte damals beantragt, diese Anpassung automatisch vorzunehmen und eine dauerhafte Regelung in den Beziehungen zwischen Rentenhöhe und Einkommen der arbeitenden Bevölkerung zu schaffen. Damit sollte ein wichtiger Grundsatz der Rentengesetze auch in der Methode Rechnung getragen werden. Gleichzeitig sollte verhindert werden, daß der Rentner alljährlich zum Objekt der politischen Auseinandersetzungen gemacht und die Höhe seiner Rente politisch manipuliert wird.

Diesen Gedankengängen der SPD hatte sich damals die Regierung verschlossen und ein Verfahren gewählt, das nicht nur die gesetzgebenden Körperschaften, sondern auch die in dem Sozialbeirat vertretenen Organisationen und Wissenschaftler in eine schwierige Lage gebracht hat. Angesichts dieser Entwicklung wäre es nun völlig verfehlt, in dem Sozialbeirat den Schuldigen zu sehen, wie das der CDU-Abgeordnete Horn kürzlich im Parlament versucht hat. Das System ist falsch.

Die Bundesregierung ist jetzt vor die Frage gestellt, ob sich dieses Tote um die Anpassung der Altrenten Jahr für Jahr wiederholen soll. Endlich sollte sich die Auffassung durchsetzen, nach der das Verhältnis zwischen allgemeiner Lebenshaltung und Rentenhöhe so geordnet wird, daß sowohl den Rentnern als auch der Öffentlichkeit, den gesetzgebenden Körperschaften und den Organisationen die Erfahrungen des Jahres 1958 künftig erspart bleiben. Die Anpassung muß bei den Altrentnern in der gleichen Weise erfolgen, wie es bereits bei den Neurentnern der Fall ist. Die wirtschaftliche Lage der Rentenversicherung läßt das zu. Der Überschuß hat im Jahre 1957 1,748 Milliarden DM betragen. Er wurde von der Bundesregierung bei der Verabschiedung der Rentengesetze auf nur 139 Millionen DM geschätzt.

+ + +

Pasternak

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Boris Pasternaks Verzicht auf den Nobelpreis für Literatur ist der vorläufige Schlusspunkt unter ein in mannigfacher Hinsicht trauriges Kapitel.

Als die Schwedische Akademie, deren 18 Mitglieder hervorragende Gelehrte und Künstler sind, für 1958 die bedeutungsvollste Literaturnobelpreisverleihung der Welt dem russischen Dichter Boris Pasternak zuerkannte, wertete sie zweifellos nur Pasternaks dichterische Leistungen - ohne alle politische Seitenblicke. Dafür bürgt u.a. die Erklärung des Akademie-Sekretärs Österling, dass Pasternaks Name schon seit zehn Jahren im Vordergrund der Erwägungen gestanden hat.

Hätten die Mitglieder der Schwedischen Akademie bei ihren Überlegungen nur ein wenig an die politischen Auswirkungen ihres Beschlusses gedacht, dann hätte sie die Reaktion Moskaus nicht so überrascht, wie es tatsächlich geschehen ist. Denn gerade nach Erscheinen des Romanes "Dr. Schiwago" musste der Nobelpreis für Pasternaks geistiges Schaffen eine tödliche Gefahr bedeuten.

Es wäre ein billiges Vogel-Strauss-Spiel, wollte man leugnen, dass dieser Roman, dessen literarische Qualitäten ausser Zweifel stehen, in der politischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, insbesondere in der vergrößernden amerikanischen Propaganda, eine bedeutende Rolle spielt. Dass Pasternak dies als aufrechter Mensch überlebte, könnte man fast als ein Zeichen für eine wenn auch bescheidene Auflockerung im geistigen Leben der Sowjetunion betrachten. Zu Stalins Zeiten wäre Pasternak bald nach Erscheinen "Dr. Schiwagos" im Auslande ein toter Mann gewesen. Viele Kenner der Sowjetunion meinen, dass seit Stalins Tod die geistige Bewegungsfreiheit auf vielen Gebieten tatsächlich etwas gewachsen ist. Eine solche Entwicklung kann durch persönliche Kulturkontakte zwischen Ost und West - mitunter unabhängig von den jeweiligen Schwankungen des allergischen politischen Thermometers - gefördert werden; sie kann aber böse Rückschläge erleiden, wenn man jenen Sowjetpotentaten, die noch den Ungeist der Stalin-Ära bewahren wollen, unfreiwillig Trümpfe in die Hände spielt.

Dies ist nun offenbar bei der diesjährigen Verleihung des Nobelpreises geschehen und eine edle Absicht ist in eine politische Demonstration umgedeutet worden, nicht nur in Moskau, wo der Sowjetische Schriftstellerverband durch den Ausschluss und die Verfernung Pasternaks diesen jeder Publikationsmöglichkeit beraubt und zum geistigen Tode verurteilt hat, sondern auch im Westen, wo in der Presse immer wieder die demonstrativ-politische Wirkung des Beschlusses der Schwedischen Akademie betont worden ist.

Man könnte meinen, dass im "Kalten Kriege" Opfer gebracht werden müssten und dass Pasternak durchaus der Mann sei, ein solches Opfer zu tragen. Man muss aber in einer Auseinandersetzung wissen, was man erreichen will.

Sieht man nur schwarz und nur weiss, ohne die tausenderlei Grauschattierungen, die im Kulturleben jedes Diktaturstaates miteinander um Geltung und Zukunft ringen, dann braucht man vielleicht - selbst im sicheren demokratischen Westen - auf die schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen der progressiven Kulturkräfte in den Diktaturstaaten keine Rücksicht zu nehmen. Will man aber einen Reifeprozess der geistigen Befreiung - und sei er noch so langwierig - verständnisvoll fördern im Interesse einer internationalen Entspannung und Humanisierung, dann ist es mitunter besser, die politische Propagandapauke zur Seite zu legen und menschliche Kontakte zu pflegen.

Diese Binsenwahrheit wird leider den grossen Propaganda-Kapitänen des Westens kaum jemals aufgehen. Umso notwendiger wäre es gewesen, wenn die ehrenwerten und lauderen Herren der Schwedischen Akademie nicht nur nach literarischen Gesichtspunkten geurteilt, sondern auch ein wenig die politischen Realitäten bedacht hätten.

Dass Moskau so brutal reagierte, ist ein Beweis dafür, dass auch dort das Verständnis für die Voraussetzungen internationaler Kontakte fehlt oder dass diese Kontakte von rasegebenden Leuten gar nicht gewollt werden. In Nordeuropa hat diese Reaktion ungeteilte Ablehnung gefunden. Die kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte zwischen den Staaten Nordeuropas und der Sowjetunion, welche zweifellos geholfen haben, die geistige Isolierung Osteuropas zu vermindern, werden durch den Konflikt um Pasternak leider empfindlich gestört werden.

"Um die Ecke geschossen"

H.B. Wie nicht anders zu erwarten, hat der "Rheinische Merkur" Aufruf und Denkschrift "Die Zukunft meistern!" in einer Manier beantwortet, die als Musterbeispiel demagogischer Meinungs-Manipulation angesehen werden darf. Nur aus diesem Grunde befassen wir uns damit.

Dagegenüber sei auf die sachlich-noble Behandlung hingewiesen, die eine Zeitschrift wie "Christ und Welt", nahestehend dem protestantischen Flügel der CDU, dem sozialdemokratischen Plan angedeihen lässt.

"Die CDU," stellt "Christ und Welt" am 30. Oktober 1958 fest, "täte gut daran, sich nicht auf den Einwand zurückzuziehen, das alles sei der Regierung längst bewusst und die SPD renne mit ihrem Vorstoß offene Türen ein. Auf dem Kieler Parteitag der CDU klappte eine empfindliche Lücke, indem der Versuch zu grundsätzlicher Vertiefung den grossen Bereich des Bildungsproblems fast durchweg umging. Nach der kulturpolitischen Initiative der SPD auf dem Stuttgarter Parteitag wäre hier eine ernsthafte Auseinandersetzung notwendig gewesen. Der Voreprung, den hier die SPD in der Person aneringens hat, ist offenkundig."

Anderer der "Rheinische Merkur"; hier hat Dr. Anton Böhm "um die Ecke geschossen". Und damit auch der letzte Merkurleser merke, worauf es "zu unguter Letzt" hinausläufe mit dem sozialdemokratischen Plan, hat die Merkur-Redaktion ein Übriges getan und an die Auslassungen Böhms Studien-Verpflichtungserklärungen der Sowjetzone unmittelbar angehängt ...

Meint besagter Dr. Böhm - ohne auf die diversen sonstigen Finanzierungsvorschläge des Planes einzugehen - wenn die SPD jährlich eine Milliarde ausgeben wolle, die aus dem Verteidigungshaushalt herauszunehmen wären, so gehe bei der SPD "also immer noch der seltsame Aberglaube um, man könnte die Koschen wenn sie einmal kommen sollten, einerseits durch Winken mit Rentenzetteln, andernteils durch Vorlage von Schulzeugnissen aufhalten".

Angesichts solcher ebenso abgenutzter wie unzeitgemässer Bilder wird evident, warum Merkur-Redakteure und -Mitarbeiter der Einsicht ermangeln, das Sputnik-Masstäbe anzulegen sind und daher "Schulzeugnisse", sprich: optimal entwickelte technisch-wissenschaftliche Mittel gewisse

31. Oktober 1958

am Platze sein dürften.

Offensichtlich würden jedoch dergleichen zeitgemässere Relationen den von geflügelten Worten napoleonischer Prägung verdüsterten Horizont der Merkur-Publizisten übersteigen. Sie beschränken sich daher auf die Formal-Bewertung des Arbeitsmaterials, erteilen Deutschezensuren und bemühen ausser den Kosaken das nicht minder strapazierte Subsidiaritätsprinzip - alles überraschend originell und sachentsprechend.

Sie meinen ferner vor dem "Zweiten und Dritten Bildungsgang" warnen zu müssen - auf dessen längst realisierten Ausbau zum Beispiel das von so reputirlicher demokratischer Tradition geprägte England besonders stolz ist.

Sie glauben auch, in dem Gedanken der Talentförderung eine besonders heimtückische Tarnung polytechnisch-plansozialistischer Bildungsreglementierung feststellen zu müssen - obschon die Amerikaner, deren Massnahmen gewöhnlich der Merkur-Mentalität weitgehend genehm sind, besonders in den letzten Jahren alle erdenklichen Anstrengungen gerade auf dem Gebiet der Talentförderung unternommen haben.

Sie verwechseln schliesslich ihr eigenes Unvermögen, den Inhalt einer "mehr als zweihundertseitigen Denkschrift" objektiv wiederzugeben mit der unterstellten Unfähigkeit der Sozialdemokraten, zu unterscheiden zwischen Bildung und der blossen Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten.

So ent- und unterstellen sie rund hundertvierzig Zeilen lang, um endlich zu dem langstschweifig erregenden Schluss zu gelangen, die wahren Absichten der SPD mit dem Bildungsplan bestünden darin, "nach dem verunglückten Versuch mit der Atompanik nur eine Art Bildungspanik zu erzeugen".

Tatsächlich - man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Beim "Rheinischen Merkur" scheint das den Sozialdemokraten gelungen zu sein!

### Pump und Verschwendung

U.D. - Die Bundespost als Monopolbetrieb, auf die jeder angewiesen ist, gibt seit geraumer Zeit zu Klagen Anlaß. Die Dienstleistungen verschlechtern sich und werden ohne Schuld der Bediensteten weniger (z.B. Briefzustellung); die Gebühren dagegen zeigen Tendenz nach oben (z.B. Paketgebühren). Die Post verweist auf Steigerung der eigenen Kosten - Löhne - und verspricht ihren Kunden, zu Tarifierhöhungen nur dann zu greifen, wenn alle Möglichkeiten innerbetrieblicher Rationalisierung ausgeschöpft sind, (vielleicht auf Kosten des Personals). Unterdessen klettert das Defizit von Jahr zu Jahr - 1958 etwa 133 Mio. DM -, und die Verschuldung des Unternehmens wächst auf 69% des Gesamtkapitals, worauf dann schon jetzt im Jahr fast 1 Milliarde DM für Zinsen und Rückzahlungen benötigt werden!

Der Postkunde müßte unterstellen können, daß alle verantwortlichen Männer in der Bundespost von diesem Zustand wüßten und sich mit Kräften bemühten, die Finanzen des Unternehmens zu schonen. Wie der Rechnungshof des Bundes jedoch festgestellt hat, ist die Ahnungslosigkeit über diesen Zustand sogar im Ministerium ungeheuer groß. Wie man dort und in einzelnen Oberpostdirektionen in den letzten Jahren das Geld buchstäblich verplempert hat, ist offenbar nur mit Dummheit zu erklären, denn von durchgeführten Disziplinarverfahren weiß der Rechnungshof nichts zu berichten. Dummheit ist wohl auch nicht strafbar.

#### Wagenschmierung alle 400 km

Da kaufte die Post 2 000 Volkswagen und übertrag ihre laufende Pflege - obwohl die eigenen Werkstätten mit Verlust arbeiten - an die Privatwirtschaft. Das Ministerium wies die Dienststellen an, die Wagen jede Woche - nach etwa 400 km Fahrleistung! - abzuschmieren, obwohl das VW-Werk diesen Vorgang nur alle 2 500 km für erforderlich hält. Was also rund alle sechs Wochen hätte geschehen sollen, fand jede Woche statt, zur Freude der Schmierölproduzenten. Alle zwei Wochen mußten die VW's nach Vorschrift des Ministeriums von unten mit Chassisöl abgesprünzt werden, egal, ob Sommer oder Winter, obwohl das Werk in der Betriebsanleitung diese Behandlung nur gelegentlich im Winter empfiehlt. Der Rechnungshof stellte einen Schaden von jährlich über einer Viertelmillion fest, entstanden von 1953 bis 1956. Von einer Maßregelung des verantwortlichen Beamten, der den Bund um etwa eine Million geschädigt hat, ist nichts bekannt.

Aber die Post greift nicht nur kleinen Autowerkstätten voll Mitleid unter die Arme, sie verschenkt ihr Geld auch an die Großen. Einer Aktiengesellschaft, an der die Bundespost nicht beteiligt ist, wurden zur Freude ihrer Aktionäre jahrelang versteckte Subventionen gewährt, die der Verwaltungsrat der Post in seinem Haushalt nicht bewilligt hatte. Die Gesellschaft, die ein Überseekabel nach Amerika betreibt, schluckte in den Jahren nach dem Kriege insgesamt 5 Mio. DM, ohne daß die Aufsichtsinstanzen dazu eine Genehmigung gegeben hatten. Die Leistungen aus dem Postsäkel waren gut getarnt. So ließ die Bundespost z.B. über ein Jahr lang Telegramme nach Südamerika, die für Übermittlung per Funk geeignet waren, durch das Kabel der Gesellschaft laufen. Damit aber mußte die Post von der Telegrammgebühr einen Teil an die Kabelgesellschaft abtreten, wogegen sie beim Weg über Funk die volle Gebühr hätte behalten können. Der Schaden betrug 240 000 DM.

### "Erhebliche Schäden"

Wem die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung nicht bekannt sind, der kennt auch andere Gesetze nicht. So haben zahlreiche Dienststellen der Bundespost bei Einkäufen in Berlin die durch das Berlin-Hilfegesetz gewährte Umsatzsteuervergünstigung von 4 v.H. nicht in Anspruch genommen, weil sie von der Existenz dieses Gesetzes nichts wußten. Im Gebiet des Personalwesens, dem größten Kostenfaktor der Post, wurden ebenfalls zahlreiche kostspielige Fehler festgestellt. Die Gehälter von Beamten wurden zum Teil auf Grund unzulänglicher Besoldungsunterlagen gezahlt und in vielen Fällen zu hoch berechnet. Von der Ermächtigung des 131er Gesetzes Parteibuch-Karrieremacher aus der Nazizeit wieder auf den Dienstrang herabzustufen, der ihren tatsächlichen Fähigkeiten entspricht, haben eine Reihe von Oberpostdirektionen keinen Gebrauch gemacht. Der Bundesrechnungshof bezeichnet den Schaden, der der Postkasse dadurch entstanden ist, als "erheblich".

### "Repräsentation"

Besonderer Beliebtheit erfreut sich auch in unserer Post der Gedanke der "Repräsentation". Die leitenden Herren wußten, was sie sich nach Tagen harter Arbeit schuldig waren - wenn vielleicht auch mancher von ihnen das Defizit der Firma kannte. Anlässlich einer Ausstellung in München gab man einen Empfang für 31 ausländische Gäste und deren Damen. Alles in allem waren es 265 Personen, die auf das Wohl der Post tranken - mit dem Geld der Post. Der Empfang kostete 12 000 DM, nämlich das Gedeck je 11 DM und das Rauchen und Trinken sage und schreibe 34 DM pro Person! Es muß ein üppiges Gelage gewesen sein. Unterstellt man, jeder Gast (also auch die Damen) hätte eine ganze Flasche Wein für 10 DM, fünf Schnäpse für zusammen 5 DM und (auch die Nichtraucher) Rauchwaren für 2 DM verzehrt, dann hätte es nach menschlicher Ermessen schon ein Dutzend Betrunkene gegeben, obwohl nur 17 DM verbraucht worden wären. Tatsächlich aber wurde das Doppelte vertrunken.

### Doppelt verbaut

Aber die Post ist auch "sozial". Nicht nur die hohen Chefs repräsentieren, es fällt auch etwas für die kleinen Beamten ab. Es wurde eine Fortbildungsstätte gebaut, für deren Inneneinrichtung 50 000 DM bewilligt waren. Die zuständige Oberpostdirektion verbaute glattweg das Doppelte. Für die Wohnzimmer wurden statt Birnbaumholzstühle solche aus Ruster gekauft, für die Unterrichtsräume teure Stahlrohrmöbel solchen aus Holz vorgezogen, die Aufenthaltsräume - Kaminhalle, Lesezimmer, Schreibzimmer - sehr aufwendig mit vielen Polstermöbeln eingerichtet und in der Kaminhalle vier hohe Fenster mit profiliertem Rusterholz eingerahmt. Als das der Rechnungshof beanstandete, schrieb der Postminister zurück, man habe eine "Stätte der Besinnung" schaffen wollen. Die Antwort des Rechnungshofes war von klassischer Schlichtheit: "Für Stätten der Besinnung ist eine einfachere Ausstattung eher angebracht als eine aufwendige".

Nach alledem kann man der Post nicht das Zeugnis ausstellen, im eigenen Hause alle Mittel ausgeschöpft zu haben, bevor sie den Kunden erneut belastete. Aus diesem Grunde sollte man ihrem Wunsch nicht nachtreten, sie vom Bundesfinanzminister unabhängiger zu machen. Zu begrüßen ist der Vorschlag des Rechnungshofes - dem der Postminister bisher nicht gefolgt ist -, die Finanzabteilung des Ministeriums mit stärkeren materiellen Prüfungsrechten gegenüber den Fachabteilungen auszustatten. Sonst wird weiter wie bisher aus dem Vollen gewirtschaftet, und wenn das Geld knapp wird - gepumpt.

+ + +